

Redebeitrag „Leerstand mit Leben füllen“ HAD KR 6.4.24

Der Flyer mit Ergänzungen:

Bezahlbares Wohnen für Alle!

Leerstände mit Leben füllen!

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beseitigen!

Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2018 fehlten in Krefeld damals schon 14.000 bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Wegen auslaufender Sozialbindung gibt es immer weniger Sozialwohnungen.

Die Mieten steigen schneller als die Löhne. Die Preissteigerungen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln belasten vor allem Mieter/innen mit niedrigen Einkommen.

Laut WZ vom 22.2.24 errechnete die Wohnungsnotfallhilfe der Diakonie aus ihrer Beratungstätigkeit, dass 1.200 Krefelder/innen von drohender oder bereits eingetretener Wohnungslosigkeit betroffen sind, schätzt die tatsächliche Zahl aber 3 – 4 mal so hoch!

500 Menschen ohne festen Wohnsitz haben ihre Postadresse bei der Diakonie; darunter viele Frauen und Jugendliche.

Es ist auch deshalb nicht hinzunehmen, dass in Krefeld viele Häuser seit Jahren leerstehen. Geschätzt stehen in KR 7.000 Wohnungen leer.

Allein zwischen Nord- und Südwall gibt es laut WZ vom 2. April d.J. 368 leerstehende Wohnungen, das sind 9,4% der dortigen 3.900 Wohnung.

Fast 10% Leerstand in der Innenstadt ist ein Skandal, der zügig behoben werden muss.

Nach § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes des Landes NRW ist Wohnraum vom Eigentümer¹ so auszugestalten, zu erhalten und wiederherzustellen, dass der ordnungsgemäße Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist.

Das Sozialbündnis Krefeld fordert ein Leerstandskataster und die energische Beseitigung der Leerstände.

Untätige Hauseigentümer müssen zum Handeln oder zum Verkauf vorrangig an die Stadt gezwungen werden können.

Ersatzvornahme oder auch Enteignungen dürfen kein Tabu sein.

¹ Richtig: Verfügungsberechtigten

Das Sozialbündnis Krefeld engagiert sich seit Jahren gegen Leerstände und Wohnungsmangel und fordert mehr Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung.

Seit Jahren erleben wir in Deutschland und zunehmend auch in KR eine schwere Wohnungskrise – ein Ende ist nicht absehbar.

Während Immobilienkonzerne, Investor*innen und Eigentümer*innen sich goldene Nasen verdienen, leben breite Bevölkerungsschichten in ständiger Sorge vor steigenden Mieten und Verdrängung.

Trotz der von Immobilien- und Bauwirtschaft und den mit ihnen verbundenen Parteien immer wieder platzierten Losung „Bauen, Bauen, Bauen“ bleibt bezahlbarer Wohnraum eine Mangelware.

Fast jeder Umzug in eine Neubauwohnung ist Umzug in eine teurere Wohnung und die frei werdende Wohnung wird ebenfalls teurer. Wohnungen sind eben keine Gebrauchtwagen, die bei Nutzung an Wert verlieren.

Bauen nützt vor allem dann, wenn auch preisgünstige bzw. Sozialwohnungen errichtet werden. Die werden aber immer weniger, obwohl der Bau von dauerhaft preisgünstigen Sozialwohnungen für die öffentliche Hand eine wesentlich effektivere Subvention wäre als die Dauersubventionierung der Vermieter durch Wohngeld.

Mit der Klimakrise vertieft sich zudem die soziale Spaltung, solange Wohnungs- und Klimapolitik weiter getrennt behandelt werden.

Denn Sanierungs- und Modernisierungsprojekte bringen Profite für Konzerne und Vermieter*innen, solange die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden können.

Besonders betroffen vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind neben Geringverdienenden vor allem benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete oder Wohnungs- und Obdachlose, sowie von Gewalt betroffene Frauen, denen das Recht auf Stadt und Wohnen systematisch verweigert wird.

Die Situation ist dramatisch, doch die Wohnungspolitik in Bund und Ländern bewegt sich kaum. Demgegenüber haben Mietenbewegung und

kritische Wissenschaft in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt:
Bezahlbarer Wohnraum ist möglich!

Es gibt Konzepte, Strategien und praktische Erfahrungen, wie sich
Mietenwahnsinn und Wohnungsnot wirksam bekämpfen lassen.

Es geht ums Ganze:

Es geht um öffentliche Verantwortung und Vergesellschaftung, es geht
um mehr Transparenz, mehr Gemeinwohlorientierung, mehr ökologische
und sozial gerechte Stadtentwicklung, mehr Daseinsvorsorge, mehr
Mietendeckel und weniger Umwandlung von Mietwohnraum in
Eigentumswohnungen, mehr kollektive Trägerschaft, mehr
gemeinwohlorientierte Bodenpolitik.

Das alles als Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und für
lebenswerte Städte für ALLE.

Denn der Markt reguliert es nicht.

Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes mit der Abschaffung der
Wohngemeinnützigkeit seit den 1990er Jahren hat nicht wie versprochen
zu mehr leistbarem Wohnraum geführt, sondern vielmehr zu
Wohnungsknappheit, Mietsteigerungen und zur Unterwerfung des
Wohnungsmarktes unter die Finanzmarktlogik.

Das führt zu einer Enteignung von Mieter*innen.

Gegen all das regt sich Widerstand. Immer mehr Menschen engagieren
sich für eine solidarische Stadtpolitik:

sie verweigern sich Räumungsbeschlüssen, schließen sich als
Hausgemeinschaften zusammen, organisieren politische und kreative
Räume, recherchieren Besitzverhältnisse und setzen kommunale Politik
und Landesregierungen unter Druck.

Ja, es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen, Stadt ist keine Ware.

Auch wenn die Inflation sich z.Z. anscheinend normalisiert bleiben viele
Verbraucherpreise höher.

Am härtesten trifft es diejenigen, die vorher schon wenig hatten.

Arme Haushalte geben einen höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Miete, Strom und Heizung aus.

2020 lag die so genannte Wohnkostenbelastung in Deutschland insgesamt bei knapp 22 Prozent.
Bei armutsgefährdeten Haushalten betrug dieser Wert 43 Prozent.

Besonders betroffen sind Single-Haushalte: Sie wenden 47 Prozent ihrer Einkommen für Wohnkosten auf.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Verhältnisse dermaßen zuspitzen und viele nicht mehr weiter wissen, ist der Kampf um eine solidarische Stadt für alle besonders wichtig!

Wenn die gestiegenen Wohnkosten nicht mit Wohngeld, Bürgergeld und anderen Sozialleistungen mehr schlecht als recht subventioniert würden, wären viele vom Verlust ihrer Wohnung bedroht.

Wir erleben die Aushöhlung eines sozialen Grundrechts.

Auch in KR sind die Wohnkosten nicht erst seit dem Energiepreisschock enorm gestiegen. Sozialwohnungen fallen rapide aus der Bindung. Das Angebot an bezahlbaren Wohnungen reicht nicht aus.

Nach Angaben der IG BAU und des Deutschen Mieterbunds fehlen 700.000 günstige Wohneinheiten in Deutschland.

400.000 Wohnungen wollte die Bundesregierung jährlich neu bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen. Das Vorhaben ist schon im Anlauf gescheitert.

L.W.